

## Kommentar



**Kerstin Münstermann**  
zur Regierungserklärung  
des Bundeskanzlers

## Scholz erfüllt Erwartungen nicht

Inmitten der Haushaltskrise waren viele Erwartungen an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) geknüpft. Fazit nach der Rede des SPD-Politikers am Dienstagmorgen: Er hat sie nicht erfüllt. Es war keine Krisenrede, die den Weg nach vorne weist und darlegt, wie er das Land aus der selbst verschuldeten Haushaltsnotlage wieder herausführen will. Scholz hielt vielmehr eine Ansprache an das Parlament und die Bürgerinnen und Bürger, die beruhigen sollte. Klarmachen, dass staatliche Hilfen unabhängig von allen Diskussionen weiter fließen.

Eine Entschuldigung für die finanzpolitischen Verschiebereien, die das oberste Gericht in Karlsruhe als nicht verfassungsgemäß betrachtet, gab es nicht. Der hat es auch nicht bedurft, aber ein Wort des Bedauerns, auch der eigenen Übernahme von Verantwortung, hätte Scholz gut zu Gesicht gestanden.

Immerhin schwor er die Bürgerinnen und Bürger auf härtere Zeiten ein, was zumindest ehrlich ist. Das Urteil schaffe eine „neue Realität“, die es „schwieriger macht, wichtige und weithin geteilte Ziele für unser Land zu erreichen“, sagte er. Deutschland stehe vor „Herausforderungen, wie unsere Republik sie in dieser Konzentration und Härte wohl noch nicht erlebt hat“. Aber welche Prioritäten er setzen will? Kein Wort dazu. Zum Gesamtbild gehört, dass in der Ampel auf allen Kanälen verhandelt wird – und Scholz noch keine Einzelheiten offen legen kann. Allerdings riskiert man damit eben, dass Politik schwammig bleibt.

Scholz machte immerhin klar, dass es ein Ende der Strom- und Gaspreisbremsen zum Beginn kommenden Jahres geben wird. Dies sei möglich, weil deutschlandweit wieder Strom- und Gasterife verfügbar seien, die unterhalb der Obergrenzen der Preisbremsen lägen. FDP-Finanzminister Christian Lindner hatte das angekündigt, die SPD dies scharf kritisiert.

So hatte Oppositionsführer Friedrich Merz an diesem Dienstagmorgen leichtes Spiel. Er kritisierte die Rede zu Recht scharf, ebenso das Agieren der Ampelregierung in den vergangenen Wochen. Doch auch der CDU-Vorsitzende verpasste eine Chance. Der Staatsmann, der den Weg aus der Krise zeigt, selbst Schwerpunkte setzt: Das alles bot Merz nicht auf. Nun ist die Aufgabe der Opposition vor allem, der Regierung auf die Finger zu schauen. Aber da die Union in Form des CSU-Vorsitzenden Markus Söder schon mal Neuwahlen fordert, müsste sich Merz nun als Kanzlerkandidat warmlaufen. Das Format schafft er auch noch nicht.

E-Mail: kerstin.muenstermann@rhein-zeitung.net

## Presseschau

**Bei einem Autogipfel im Kanzleramt haben Bundesregierung und Industrie über den Ausbau der Elektromobilität beraten.**

## Südwest Presse

Ein Elektroauto attraktiv und praktisch zu finden, kann die Politik den Bürgern nicht verordnen. Die Autoindustrie muss begehrtere Produkte anbieten. Und die Politik kann Rahmenbedingungen schaffen. Das Urteil aus Karlsruhe hat Förderung aber auch hier infrage gestellt. Wie soll man es da von 1,4 Millionen rein elektrischen Autos auf das politische Ziel von 15 Millionen bis 2030 schaffen? So schnell kommt sie nicht, die schöne neue E-Auto-Welt.



Die Geduld der Nato mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ist langsam aufgebraucht. Ungewöhnlich scharf kritisierten die Bündnispartner beim Außenministertreffen in Brüssel die Blockadehaltung zum Beitritt Schwedens.

Foto: Christoph Soeder/dpa

# Wie Erdogan die Nato hinhält

Beitritt Schwedens weiterhin verzögert - Bündnis erhöht den Druck auf die Türkei

Von Gregor Mayntz

**■ Brüssel.** „Einer für alle und alle für einen“ ist zumeist nur eine Floskel oder ein Bild für Pathos. Wenn aber Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock das zu Beginn eines Nato-Treffens in Brüssel an die Adresse des Bündnispartners Türkei sagt, dann sollte das Anlass für ein Läuten der Alarmglocken in Ankara sein. Zwar gibt es für die Nato kein Instrument, ein Bündnismitglied zu zwingen, den Weg für die Aufnahme eines anderen freizumachen. Doch die Feststellung Baerbocks ist eine direkte Drohung und bedeutet: Pass auf, Recep Tayyip Erdogan, dass du uns nicht dazu bringst, im Falle eines Falles unser Beistandsversprechen anders umzusetzen, als du hoffst. Wenn die Türkei in Sachen Blockade der schwedischen Mitgliedschaft das Grundprinzip der Nato weiter torpediert, dann bedeutet das in Baerbocks Worten, „unsere gemeinsame Sicherheit, unsere Freiheit und den Frieden in Europa nicht garantieren“ zu können.

### „Nato plus Schweden“

Längst sind auch viele andere Nato-Mitglieder von diplomatischen Andeutungen zu direkter Verärgerung übergegangen. Dieser Dienstag war im Nato-Kalender nämlich mit der Erwartung verknüpft, spätestens bei dieser Gelegenheit die förmliche Aufnahme

Schwedens in die Nato zelebrieren zu können. Das Treffen firmiert jedoch offiziell als „Nato plus Schweden“. Auch das drückt das Ende der Geduld mit dem türkischen Machthaber Recep Tayyip Erdogan aus: Das Bündnis wartet nicht mehr, bis es offiziell 32 Mitglieder sind, es tagt bereits faktisch zusammen und berät gemeinsam mit den Schweden, auch wenn es den Türken nicht passt.

Finnland und Schweden hatten jahrzehntelang ihre Neutralität hochgehalten, allenfalls mal mit Nato-Partnern in der Ostsee zusammen Manöver abgehalten. In beiden Ländern gab es große Mehrheiten gegen eine Nato-Mitgliedschaft. Der Widerstand fiel mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine binnen Tagen zusammen. In beiden Ländern verlangte nun eine übergroße Mehrheit nach dem Schutz der kollektiven Verteidigung innerhalb der Nato. Bereits am 18. Mai, also keine drei Monate nach dem russischen Überfall, hatten beide Staaten sämtliche Willensbildungs-, Regierungs- und Parlamentsprozesse durchlaufen und die offiziellen Beitrittsanträge in Brüssel hinterlegt.

Es sollte dann eigentlich ganz schnell gehen. Doch die Türkei stellte sich quer. Ihr missfiel, wie Schweden mit Schweden und Kurden umging, die Ankara wegen ihrer Nähe zur PKK als „Terroristen“ einstufte. Um den Nato-Gipfel En-

de Juni 2022 in Madrid zu retten, wurde wochenlang verhandelt, und in der Nacht zum Auftakt erreichte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in türkisch-schwedischen Verhandlungen den Durchbruch: Das Bündnis konnte die offizielle Einladung an Finnland und Schweden aussprechen, der Beitrittsmechanismus war in Gang gesetzt. Ganze neun Tage brauchte danach Deutschland, um die Ratifizierung unter Dach und Fach zu haben. Wenn es nach dem Bundestag gegangen wäre, hätte die formelle Aufnahme bei den Herbsttreffen der Verteidigungs- oder Außenminister 2022 erfolgen können.

### Erdogans Schachzüge

Doch Erdogan gab das Faustpfand nicht aus der Hand, legte vielmehr nach. Das gestaltete sich erneut so schwierig, dass Brüssel und Helsinki dann doch nicht mehr höflicherweise auf Ankara und Stockholm warten wollten. Am 74. Jahrestag der Nato-Gründung, am 4. April dieses Jahres, wurde die finnische Fahne vor der Bündniszentrale in Brüssel gehisst. Beim Nato-Gipfel im Juli in Vilnius würde dann sicherlich auch die Aufnahme Schwedens vollzogen werden können. Doch Erdogan legte wieder nach. Er wollte moderne amerikanische Kampffjets, deren Lieferung Washington auf Eis gelegt hatte, nachdem die Türkei sich mit russischen Abwehrsystemen eingedeckt

hatte. Vor dem Abflug nach Vilnius stellte Erdogan plötzlich eine neue Verbindung her: Aufnahme Schwedens in die Nato, wenn Brüssel den Weg für die Aufnahme der Türkei in die EU frei macht.

Eilends wurde EU-Ratspräsident Charles Michel hinzugezogen. Der sagte zu, den Beziehungen der EU mit der Türkei „neuen Schwung“ verleihen zu wollen. Als sich dann unter Stoltenbergs Vermittlung Schweden und die Türkei sogar noch auf einen „Sicherheitspakt“ zum anhaltenden Kampf gegen den „Terror“ verständigten, machte Erdogan scheinbar erneut den Weg frei, versprach die „baldige“ Ratifizierung. Also rechnete die Nato damit, für das Verteidigungsministertreffen am 11. Oktober die Zeremonie vorbereiten zu können. Vergebens. Doch auch weitere sechs Wochen später „hängt“ der Vorgang immer noch im türkischen Parlament.

Inzwischen hat Erdogan wieder nachgelegt und will nun auch von Deutschland moderne Kampffjets kaufen. „Schweden hat geliefert, die Nato hat geliefert“, meinte Stoltenberg. Nun sei die Türkei an der Reihe. Und Baerbock machte ebenfalls klar, der Beitritt sei nun „mehr als überfällig“. Hinter den Kulissen sollen die Partner noch deutlich schärfer mit ihrem Amtskollegen Hakan Fidan umgegangen sein. Erdogan steht offenbar kurz davor, sein Veto überreicht zu haben.

### Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Kalt erwischt

Huffer-Kilian@t-online.de

## Leserbriefe

Rhein-Zeitung  
Leserbriefe  
56055 Koblenz  
Fax: 0261/892-122  
leserbriefe@rhein-zeitung.net

**Ein ehemaliger Priester wurde wegen Missbrauch aus dem Klerikerstand entlassen. Bischof Stefan Ackermann hatte sich dazu geäußert.**

## „Sondergutachten notwendig“

Ackermann und sein Amtsvorgänger inklusive Generalvikar haben diesen priesterlichen Täter jahrzehntelang durchkommen lassen, sind Beschuldigungen nicht nachgegangen, haben Opfer nicht gehört, sind Mitteilungen der Staatsanwaltschaft nicht nachgegangen, haben die vorgeschriebene kirchliche Untersuchung nicht veranlasst und den Täter als Seelsorger im Amt belassen – ohne Kontaktbeschränkung gegenüber Kindern und Jugendlichen. Durch dieses Vertuschen wurden Kinder in Gefahr gebracht. Er wurde mit großer Feier frühzeitig in Ruhestand geschickt, durfte aber Seelsorger in seiner Heimatgemeinde bleiben. Die Folgen dieser verantwortungslosen Toleranz: Opfer wurden erneut verletzt, der Täter entwickelte kein Schuldbewusstsein.

Es gab in 15 Jahren mindestens acht Anzeigen. Viele wurden im katholischen Saarland wegen Mangel an Tatnachweisen niedergeschlagen, manche waren bereits verjährt. Nicht erst in diesem Fall lies sich eine enge Verbindung zwischen bischöflichen und staatlichen Behörden genauer untersuchen. Es wird höchste Zeit, die bischöflichen Pflichtverletzungen durch ein unabhängiges Sondergutachten zu untersuchen. Das fordert Missbit (Hilfsorganisation für Missbrauchsoffer aus Trier), um die Verantwortung zu klären und eine Aufarbeitung zu erreichen, die diesen Namen auch verdient.

**Jutta Lehnert, Sprecherin der Organisation Missbit, Trier**

**Bei Bundesliga-Spielen kommt es immer wieder zu Ausschreitungen.**

## „Verbrecher, keine Fans“

Es wäre nach den vielen Ausschreitungen bei Bundesliga-Spielen endlich mal an der Zeit, dass alle Medien, auch die Rhein-Zeitung, diese Chaoten nicht als Fans bezeichnet. Es sind keine Fans, die Polizisten und Leute vom Ordnungsdienst tätlich angreifen und vorsätzlich verletzen. Diese Leute sind einfach nur Verbrecher, und als solche sollten sie hart bestraft werden.

**Karl Heinz Hürth, Koblenz**

## Impressum

### Rhein-Zeitung

und ihre Heilmatgaben

Herausgeber und Verlag:  
Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz

Verleger: Walterpeter Twer  
Geschäftsführer: Thomas Regge

**Chefredakteur:** Lars Hennemann.  
**Stellvertretender Chefredakteur:** Thomas Haag.  
**Mitglieder der Chefredaktion:** Nina Borowski, Maximilian Eckhardt (beide Digitales), Dirk Kurz (Redaktionsmanagement).

**Leitende Redakteure:** Themenmanagement: Tim Kosmetschke, Anke Mersmann. Lokales: Markus Gerhold. Chef vom Dienst: Jörg Peter Herrmann.

**Zentralredaktion:** Nachrichten und Produktion: Birgit Pielien (Ltg.), Dr. Jörg Hilpert, Kathrin Hohberger, Stefanie Lanzeth, Barbara Malik. Reporter: Dirk Eberz, Christian Kunst, Johannes Mario Löhr, Cordula Sailer-Röttgers. Landeskorrrespondent: Bastian Hauck. Kultur: Claus Ambrosius (Ltg.), Stefan Schalles. Sport: Jochen Dick (Ltg.), Alessandro Fogolino, Klaus Reimann, Sven Sabock. Sonderaufgaben: Petra Mix, Regina Theunissen.

**Digitalredaktion:** Lukas Erbeling, Fabian Herbst, Finn Holitzka, Kevin Rühle, Niels Stern, Fabian Strunk, Svenja Wolf. Creative Director: Jens Weber. Webmaster: Thorsten Schneiders.

Wir beziehen die Nachrichtagenturen dpa und epd.

**Kontakt zur Zentralredaktion:** Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz, Tel. (0261) 9836-5000, Fax (0261) 892-770. E-Mail: redaktion@rhein-zeitung.net

**Mittelrhein-Verlag, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz** (zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Tel. (0261) 892-00, Fax (0261) 892-770, Internet: www.rhein-zeitung.de

**Anzeigen:** rz-Media GmbH, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz. Geschäftsführung: Evangelos Botinos.

**Druck:** Industrie Dienstleistungsgesellschaft mbH, 56055 Koblenz, Geschäftsführer: Dr. Ulrike Schröder

Zum Druck verwenden wir Recycling-Papier mit einer Altpapierquote von mindestens 70 Prozent